



Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen
Wirtschaft im Herbst 1980

Die Lage der Weltwirtschaft	453
Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland	460

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 44-45/80

Berlin

30. Oktober 1980

47. Jahrgang

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1980

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Essen:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
(Institut für Konjunkturforschung)

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg

IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in Kiel am 24. Oktober 1980

Die Lage der Weltwirtschaft

Die westlichen Industrieländer befinden sich seit dem Frühjahr 1980 im konjunkturellen Abschwung. In nahezu allen Ländern geht die Produktion zurück, Auslastungsgrad und Beschäftigung sinken. Die kontraktiven Kräfte setzten sich zuerst in den USA, dann in Westeuropa und schließlich auch in Japan durch. Dabei spielte zwar die Reaktion auf einen Nachfragestoß zu Beginn des Jahres eine Rolle; die Konjunkturabschwächung geht aber vor allem auf die Entzugswirkungen der Ölpreissteigerungen, namentlich beim privaten Verbrauch, sowie auf die dämpfenden Wirkungen der wirtschaftspolitischen Stabilisierungsbemühungen zurück.

Mit der zunehmenden Nachfrageschwäche verengten sich die Preiserhöhungsspielräume. Auf den internationalen Rohstoffmärkten sowie auf der Produzenten- und Großhandelsstufe in den Industrieländern kam es bereits zu einer merklichen Preisberuhigung. Ansätze dazu zeigten sich verschiedentlich auch bei den Verbraucherpreisen.

Bis zuletzt stand in den meisten Ländern die Inflationsbekämpfung im Vordergrund der Wirtschaftspolitik. Mit der Politik des knappen und teuren Geldes versuchten die Zentralbanken zugleich, die Finanzierung der hohen Leistungsbilanzdefizite sicherzustellen und eine als Stabilisierungsrisiko betrachtete Abwertung ihrer Währungen zu vermeiden. Der tendenzielle Rückgang des Zinsniveaus

seit dem Frühjahr ist Ausdruck der konjunkturellen Abschwächung, nicht aber einer Hinwendung zu einer expansiven Geldpolitik.

Ausgeprägte Rezession in den USA

In den USA hat im Frühjahr eine deutliche Rezession eingesetzt. Das reale Bruttosozialprodukt nahm vom ersten zum zweiten Vierteljahr um 2 1/2 vH ab. Zugleich ist die Zahl der Beschäftigten deutlich gesunken. Nach der Jahresmitte hat sich der Abbruch merklich verlangsamt.

Die Nachfrage ging im Frühjahr auf breiter Front zurück. Die starke Abnahme des privaten Konsums erklärt sich aus der spürbaren Verringerung des verfügbaren Einkommens, den von März bis Juli geltenden Kreditkontrollen und der aufgrund ungünstiger Beschäftigungserwartungen steigenden Sparneigung. Nach der schrittweisen Aufhebung der Kreditrestriktionen nahmen die Einzelhandelsumsätze real wieder leicht zu. Die privaten Investitionen sind seit dem Frühjahr deutlich gesunken. Die seit längerem fallende Kapazitätsauslastung und verschlechterte Absatzerwartungen veranlaßten die Unternehmen, ihre Investitionen zu verringern. Besonders stark gingen die Wohnungsbauinvestitionen zurück, dies vor allem als Folge des beträchtlichen Anstiegs der Bau- und Finanzierungskosten.

Im Zuge des Konjunkturabschwungs nahm die Produktivität verstärkt ab. Der Anstieg der Lohnstückkosten beschleunigte sich daher, obwohl die Zunahme der Stundenlöhne mit rd. 8 vH (Vorjahresvergleich) unverändert blieb. Der Auftrieb der Verbraucherpreise hat sich um die Jahresmitte verlangsamt.

Das Handelsbilanzdefizit hat sich seit dem ersten Quartal dieses Jahres spürbar verringert. Ausschlaggebend hierfür war der Rückgang der realen Importe, insbesondere der Öleinfuhren. Zudem haben sich die Terms of Trade seit dem Frühjahr kaum noch verschlechtert.

Die Staatsausgaben wirkten insgesamt im ersten Halbjahr 1980 konjunkturstützend. Konjunkturell bedingte Steuermindereinnahmen sowie die Erhöhung der Verteidigungsausgaben ließen das Defizit im Fiskaljahr 1979/80 auf über 60 Mrd. US-\$ steigen. Eine Rolle spielte aber auch, daß die geplante Ölimportabgabe nicht eingeführt wurde. Für das gerade begonnene Fiskaljahr 1980/81 sind nach den Ankündigungen der Präsidentschaftskandidaten expansive Maßnahmen zu erwarten. Sie dürften aber angesichts der ungelösten Inflationsprobleme eher vorsichtig dosiert werden.

Die Neuorientierung der Geldpolitik im Herbst 1979 sollte zu einer Verstärkung der Geldmengenerweiterung führen. Stattdessen kam es im Zusam-

menhang mit den staatlich verfügten Kreditkontrollen zu noch stärkeren Schwankungen der Geldmenge als in der Vergangenheit. Nachdem sie von März bis Mai sogar gesunken war, schnellte sie anschließend bis September empor. Hielte die amerikanische Notenbank an ihrem Geldmengenziel fest, müßte sie die monetäre Expansion in den nächsten Monaten drosseln. Äußerungen aus der amerikanischen Notenbank deuten darauf hin, daß sie tatsächlich einen stabilitätsorientierten Kurs verfolgen will. Eine forcierte Zinssenkung ist deshalb nicht zu erwarten.

Im Winterhalbjahr 1980/81 dürften sich die Abschwungstendenzen fortsetzen. Der immer noch kräftige Preisauftrieb sowie die schlechte Beschäftigungslage lassen in nächster Zeit kaum einen spürbaren Anstieg des privaten Verbrauchs erwarten, zumal die derzeit noch niedrige Sparneigung infolge der Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt eher steigen dürfte. Aufgrund niedriger Kapazitätsauslastung und ungünstiger Absatz- und Ertragserwartungen werden die Unternehmen ihre Investitionen strecken, wie Umfragen zeigen. Erholungstendenzen, die bei der Wohnungsbaunachfrage in den letzten Monaten zu beobachten waren, dürften sich angesichts der relativ hohen Zinsen in engen Grenzen halten. Nach dem bisher kräftigen Rückgang der Endnachfrage wird es zu einer Anpassung der Lagerbestände kommen.

Mit einer allmählichen Belebung von Nachfrage und Produktion ist im Laufe des nächsten Jahres zu rechnen; dazu wird das Auslaufen der kontraktiven Lageranpassungen bei einer wohl wieder expansiveren Wirtschaftspolitik beitragen. Insgesamt wird das reale Bruttosozialprodukt 1981 im Jahresdurchschnitt wahrscheinlich kaum zunehmen, nach einem Rückgang um 1 1/2 vH im Jahre 1980. Die Arbeitslosenquote dürfte weiter ansteigen. Der Preisauftrieb dürfte 1981 mit etwa 10 vH im Jahresdurchschnitt merklich geringer ausfallen als im laufenden Jahr (13 1/2 vH).

Konjunkturabflachung in Japan

In Japan hat sich die konjunkturelle Expansion seit dem Frühjahr deutlich verlangsamt. Die Industrieproduktion ist sogar gesunken. Die Dämpfung der Gesamtnachfrage ist auf ein Nachlassen der inländischen Auftriebskräfte zurückzuführen. So stagnierte der private Verbrauch, da der Anstieg der verfügbaren Einkommen nur noch wenig über den der Verbraucherpreise hinausging und die Konsumneigung abnahm. Erheblich gebremst wurde die Expansion der Inlandsnachfrage dadurch, daß die realen Staatsausgaben gedrosselt wurden. Dagegen stiegen die Unternehmensinvestitionen nahezu unvermindert kräftig. Auch das Ausfuhrvolumen

nahm bis zur Jahresmitte noch erheblich zu. Das Leistungsbilanzdefizit ist deutlich zurückgegangen; dazu trug auch eine leichte Verbesserung der Terms of Trade bei.

Während des Winterhalbjahres wird die Produktion in Japan voraussichtlich stagnieren, wenn nicht sogar leicht sinken. Vom Export werden keine Anregungen mehr ausgehen. Dazu dürften einmal die Abschwächung der Weltkonjunktur, zum anderen Handelsbeschränkungen beitragen. Vom privaten Konsum sind weiterhin keine Impulse zu erwarten, zumal sich der Anstieg der Verbraucherpreise vorerst nicht spürbar verlangsamen wird. Schließlich werden die Unternehmensinvestitionen, wenngleich diese sich bisher als relativ robust erwiesen haben, von der allgemeinen Verschlechterung des Konjunkturklimas nicht unberührt bleiben. Allerdings werden die finanzpolitischen Expansionsmaßnahmen vom September, insbesondere die Ausführung zunächst aufgeschobener staatlicher Bauvorhaben, die Konjunktur stützen.

Im weiteren Verlauf des Jahres 1981 dürften Nachfrage und Produktion allmählich wieder zunehmen. Nach der Finanzpolitik wird in der nächsten Zeit wohl auch die Geldpolitik wieder gelockert werden. Die durch Aufwertungstendenzen begünstigte Preisberuhigung auf der Erzeugerstufe wird die Verbraucherstufe erreichen. Dies wird nach und nach eine Wiederbelebung des privaten Verbrauchs begünstigen und zugleich die Voraussetzung dafür schaffen, daß auch im nächsten Frühjahr die Lohnabschlüsse gemäßigt bleiben. Hierdurch wird die Investitionsneigung, wie schon 1980, gestützt werden. Der Export dürfte 1981 auch wegen der zunehmenden Handelshemmnisse nur relativ wenig zur Expansion beitragen. Für den Jahresdurchschnitt 1981 ist eine Zunahme des realen Bruttosozialprodukts um 1 1/2 vH (nach 4 vH 1980) zu erwarten. Der Anstieg der Verbraucherpreise dürfte von 8 vH auf 5 1/2 vH zurückgehen.

Westeuropa im Abschwung

Auch in Westeuropa haben sich im Verlauf des Sommerhalbjahres 1980 die konjunkturellen Abschwungskräfte durchgesetzt. Die Abschwächung ging vornehmlich vom privaten Verbrauch und der Wohnungsbaunachfrage aus, auch lagerzyklische Einflüsse begannen kontraktiv zu wirken. Die konjunkturelle Verlangsamung führte zu einem Rückgang des innereuropäischen Handels. Die Leistungsbilanzen der meisten Länder wiesen vor allem infolge der verteuerten Ölimporte weiterhin hohe Defizite auf. Fast überall stieg die Arbeitslosigkeit deutlich an. Der Preisauftrieb hat seinen Höhepunkt zumeist wohl überschritten.

Der private Verbrauch ist in den meisten Ländern seit dem Frühjahr zurückgegangen. Dies war nur teilweise Reflex auf die vorgezogenen Käufe im vergangenen Winterhalbjahr, die im Zusammenhang mit verstärkten Inflationserwartungen und erhöhter weltpolitischer Unsicherheit getätigt worden waren. Vor allem aber lag dies an den stagnierenden, verschiedentlich auch sinkenden realen verfügbaren Einkommen; die Sparquote erhöhte sich zumeist wieder. Die Nachfrageschwäche war bei langlebigen Konsumgütern, vor allem bei Automobilen, besonders ausgeprägt.

Die gewerblichen Anlageinvestitionen nahmen noch zu, wenn auch verlangsamt. Die Investitionsneigung dürfte zum einen durch die Vermeidung scharfer verteilungspolitischer Auseinandersetzungen, zum anderen durch den verstärkten Anreiz und die besseren technologischen Möglichkeiten zu energiesparenden und ölsubstituierenden Investitionen gestützt worden sein. Die Nachfrage nach Wohnbauten hat sich infolge der kräftigen Baupreissteigerungen und der weiterhin hohen Finanzierungskosten weiter abgeschwächt. Die Bautätigkeit wurde indes von Investitionen zur Energieeinsparung gestützt.

Die realen Ausfuhren der westeuropäischen Länder dürften im Sommerhalbjahr zurückgegangen sein. Das gilt vor allem für den innereuropäischen Handel und die Exporte nach Nordamerika. Die Lieferungen nach den OPEC-Ländern nahmen zu, wenn auch langsamer als erwartet.

Mit der Abschwächung von Nachfrage und Produktion hat sich die Lage auf den Arbeitsmärkten wieder verschlechtert. Die Zahl der Beschäftigten ging zurück, während das Wachstum des Erwerbspotentials insbesondere aus demographischen Gründen anhielt. Der erneute Anstieg der Erwerbslosen Zahl ist umso prekärer, als die Arbeitslosigkeit fast überall schon jetzt erheblich höher ist als in der Rezession 1974/75. In Großbritannien, wo die konjunkturelle Talfahrt früher begann und steiler verläuft als in den meisten anderen westeuropäischen Ländern, ist die Zahl der Arbeitslosen auf reichlich 2 Mill., den höchsten Stand der Nachkriegszeit, gestiegen.

Die Stabilisierungspolitik, zu der die meisten Länder im Laufe des vergangenen Jahres übergegangen waren, hat im Sommerhalbjahr zu ersten Erfolgen geführt. Insbesondere auf der Großhandels- bzw. Erzeugerstufe kam es zu einer raschen Verlangsamung des Preisauftriebs. Auf der Verbraucherebene setzt sich diese Tendenz erst allmählich durch, verschiedentlich durch die Anhebung indirekter Steuern sowie öffentlicher Tarife unterbrochen. Die Unterschiede in den Inflationsraten von Land zu Land blieben unverändert groß.

Der Preisauftrieb verlangsamte sich trotz eines bisher kaum verringerten Kostendrucks. Zwar hat die Kostenbelastung von seiten der Rohstoffe nur noch wenig zugenommen. Die Lohnkosten je Produkteinheit aber sind zumeist beschleunigt gestiegen, weil sich bei leicht verstärktem Lohnauftrieb der Produktivitätsfortschritt verlangsamte. Offenbar haben die Politik des knappen Geldes und der angesichts sinkender Nachfrage verschärfte Wettbewerb die Überwälzungsmöglichkeiten stark eingeengt; die Gewinnsituation der Unternehmen hat sich in vielen Ländern also verschlechtert.

Der Konjunkturabschwung wird sich in fast allen westeuropäischen Ländern im Winterhalbjahr fortsetzen. Nachdem zunächst privater Konsum, Wohnungsbau und Lagerinvestitionen zurückgegangen sind, werden nun die gewerblichen Anlageinvestitionen voraussichtlich sinken. Einem nachhaltigen Rückgang der Investitionsneigung wirkt wohl jedoch insbesondere entgegen, daß es trotz der Realeinkommenseinbußen der privaten Haushalte durch die starke Ölverteuerung nicht zu ausgeprägten Verteilungskämpfen und einer dadurch bedingten Gewinnkompression gekommen ist und sich der Anreiz zu energiesparenden Investitionen stark vergrößert hat.

Mit dem zu erwartenden weiteren Nachlassen des Preisauftriebs verbessern sich die Voraussetzungen für eine konjunkturelle Tendenzwende im Verlauf des kommenden Jahres. Einmal werden dadurch Realeinkommen und privater Konsum unmittelbar gestützt. Zum anderen dürften die wirtschaftspolitischen Instanzen dazu übergehen, die Geld- und Finanzpolitik bei zunehmender Arbeitslosigkeit wieder mehr auf eine Anregung der Nachfrage auszurichten. Verbesserte Konjunkturerwartungen werden sich dann vermutlich auch wieder in expansiveren Lagerdispositionen niederschlagen. Die Überwindung der Abschwungkräfte wird allerdings vermutlich nur langsam vorankommen, namentlich in den Volkswirtschaften mit besonders ausgeprägten Inflations- und/oder Leistungsbilanzproblemen. Insgesamt wird das reale Bruttosozialprodukt in Westeuropa 1981 im Jahresdurchschnitt wahrscheinlich nicht höher als im laufenden Jahr sein, in dem es noch geringfügig steigen dürfte.

Schrumpfung des Welthandels

Das Welthandelsvolumen hat im Sommerhalbjahr 1980 deutlich abgenommen. Hierin spiegelte sich der konjunkturelle Abschwung in den Industrieländern wider. Besonders kräftig sank die Einfuhrnachfrage der USA. Die Ausfuhr der Industrieländer ging nicht so stark zurück wie die Einfuhr, vor allem weil die OPEC-Länder ihre Bezüge erhöhten. Das Welthandelsvolumen wird voraussichtlich auch in den letzten Monaten dieses Jahres unter dem Einfluß

der anhaltenden konjunkturellen Nachfrageabschwächung in den Industrieländern zurückgehen. Im Jahresdurchschnitt wird sich 1980 wegen des hohen Überhangs und des starken Anstiegs zu Jahresbeginn wahrscheinlich noch ein realer Zuwachs von annähernd 2 vH ergeben.

Bei der im späteren Verlauf des kommenden Jahres zu erwartenden Besserung der Konjunktur in den Industrieländern wird sich ihre Importnachfrage wieder beleben und eine Wende in der Welthandelsentwicklung herbeiführen. Die Nachfrage der Ölexportländer wird kräftig zunehmen. Dagegen werden die Einfuhren der nicht erdölexportierenden Entwicklungsländer sowie die der Staatshandelsländer wegen drückender Zahlungsbilanzprobleme auch im nächsten Jahr allenfalls schwach steigen. Im Jahresdurchschnitt 1981 wird das Welthandelsvolumen wegen des negativen Überhangs an der Jahreswende 1980/81 das Vorjahrsniveau kaum übertreffen. Noch mehr als die Vorausschätzungen der konjunkturellen Entwicklung ist die Prognose des Welthandels durch Unsicherheiten hinsichtlich protektionistischer Bestrebungen und lagerzyklische Einflüsse belastet.

Bedingt durch die starke Erhöhung der Ölpreise steigen die Importe der Industrie- und der nicht erdölproduzierenden Entwicklungsländer auch 1980 nominal sehr viel stärker als die Exporte; die Leistungsbilanzdefizite dieser Länder nehmen nochmals erheblich zu. Dem steht eine weitere Erhöhung des Leistungsbilanzüberschusses der Erdölländer gegenüber, und zwar von rd. 65 Mrd. US-\$ 1979 auf schätzungsweise 110 Mrd. US-\$ 1980.

Unter der Annahme, daß es zu keinem erneuten Ölpreisschub kommt, wird sich diese Tendenz steigender Defizite auf der einen und zunehmender Überschüsse auf der anderen Seite 1981 nicht fortsetzen. Vielmehr ist damit zu rechnen, daß sich bei zügig steigenden Importen der Erdölländer die Defizite der Industrieländer wieder verringern werden. Gleichwohl werden die Passivsaldo ihrer Leistungsbilanzen hoch bleiben. Die außenwirtschaftliche Lage wird sich allerdings nicht in allen Volkswirtschaften fühlbar verbessern. So wird vor allem in einer Reihe kleinerer westeuropäischer Länder der Defizitabbau nur langsam vorankommen. In den nicht erdölproduzierenden Entwicklungsländern dürften die Defizite 1981 sogar noch zunehmen.

Lage auf dem Ölmarkt erneut labil

Die Welterdölproduktion blieb im Laufe des Jahres 1980 bis zum Ausbruch des Krieges zwischen Irak und Iran nahezu unverändert. Die Drosselung der Produktion in den OPEC-Ländern wurde kompensiert durch eine Ausweitung der Förderung in den USA, der Nordsee, Mexiko und der UdSSR. Da der

laufende Bedarf im Zuge der konjunkturellen Abschwächung und des preisinduzierten Rückgangs im Energieverbrauch stark abnahm und der bis dahin kräftige Vorratsaufbau in den Verbraucherländern nachließ, bildete sich ein Produktionsüberhang auf den internationalen Rohölmärkten heraus. Dennoch wurden die staatlichen Verkaufspreise der ölexportierenden Länder, die für den größten Teil des international gehandelten Öls gelten, noch angehoben. Rückläufige Notierungen auf den Spotmärkten und die Verlagerung der Nachfrage auf preisgünstige OPEC-Öle brachten den Importländern nur teilweise eine Entlastung.

Im Spätsommer dürften die Lieferungen der Ölexportländer den laufenden Einfuhrbedarf der Ölimportländer um 2 bis 3 Mill. Barrel pro Tag übertroffen haben. Ende September hat sich die Lage auf den internationalen Ölmärkten wieder verschlechtert. Der Krieg zwischen Irak und Iran hat zu einem Produktionsausfall von schätzungsweise 4 Mill. Barrel pro Tag geführt. Trotz der von Saudi-Arabien und einigen OPEC-Ländern angekündigten Erhöhung der Produktion um etwa 1,5 Mill. Barrel pro Tag besteht also kein Produktionsüberhang mehr, möglicherweise sogar ein leichtes Defizit. Die Lage auf dem Ölmarkt ist damit trotz eines weiteren konjunkturellen und strukturellen Rückgangs des Ölverbrauchs sehr labil geworden, zumal im Winter der Importbedarf an Öl saisonbedingt steigt. Angesichts der unsicheren Versorgungssituation werden die Verbraucherländer bestrebt sein, ihre Vorräte auf hohem Niveau zu halten.

Der Ölverbrauch dürfte im Jahre 1981 erneut sinken. Auf der anderen Seite ist es möglich, daß die von einigen OPEC-Ländern angekündigten Förderausweitungen durch eine restriktive Exportpolitik anderer Produzenten konterkariert werden; denn in der Angebotspolitik der meisten OPEC-Länder ist in den letzten zwei Jahren ein deutlicher Wandel zu verzeichnen. Das Bestreben der Förderländer ist zunehmend darauf gerichtet, ihre Ölvorräte zu strecken und ihre laufenden Erlöse über steigende Ölpreise zu erhöhen. Unter der Annahme, daß die Auswirkungen des Krieges begrenzt bleiben, wird in dieser Prognose mit einem Anstieg der Ölpreise gerechnet, der kaum über den Trend der allgemeinen Inflation in der Weltwirtschaft hinausgeht.

Flaute auf den Rohstoffmärkten

Auf den Weltmärkten für Industrierohstoffe (ohne Erdöl) hielt die Nachfrageflaute im Zusammenhang mit der Rezession in den USA und der Konjunkturabschwächung in den westeuropäischen Industrieländern in den letzten Monaten an. Auch die kriegerische Auseinandersetzung zwischen Irak und Iran löste keine spekulativen Käufe aus. Der von der

schwachen Nachfrage ausgehende Druck auf die Preise wurde durch ein geringes Angebot gemildert. Die Produktion von agrarischen Rohstoffen (Wolle, Baumwolle) wird durch ungünstige Witterungsbedingungen beeinträchtigt. Bei Metallen reagierten die Erzeuger auf die Zurückhaltung der Käufer frühzeitig mit Angebotseinschränkungen (Blei, Zink), auch gab es Produktionsausfälle durch Streiks (Kupfer). Insgesamt hat sich das Preisniveau für Rohstoffe nur wenig verändert.

In den nächsten Monaten dürften die Preise für Industrierohstoffe auf dem gegenwärtigen Niveau verharren: Die ungünstigen Konjunkturaussichten in den westlichen Industrieländern lassen zunächst eine Belebung der Nachfrage seitens der Verarbeiter nicht erwarten. Der Rohstoffverbrauch wird erst im späteren Verlauf des Jahres 1981 zunehmen, sobald es zu der prognostizierten konjunkturellen Erholung in der westlichen Welt kommt. In Erwartung einer günstigeren Absatzentwicklung wird die Bereitschaft der Rohstoffverarbeiter zunehmen, ihre Vorräte aufzustocken. Darüber hinaus dürfte die Verstärkung der Nachfrage spekulative Käufe anregen. Das Angebot an Rohstoffen wird demgegenüber erst wieder stärker zunehmen, wenn die Erzeuger mit einer nachhaltigen Bedarfszunahme rechnen. Die Preise für Industrierohstoffe dürften sich bei dieser Entwicklung im späteren Verlauf des kommenden Jahres spürbar erhöhen.

Während die Preise für Genußmittel im Sommerhalbjahr weiter nachgegeben haben, sind die Notierungen für Nahrungs- und Futtermittel zum Teil kräftig gestiegen. Wesentliche Ursache ist ein deutlicher Produktionsrückgang bei Futtergetreide und Ölsaaten in den USA, der auch zu einer Verminderung der Vorräte in der Welt führen wird. Aufgrund der Substitutionsmöglichkeit in der Verfütterung sind die Weizenpreise – trotz einer sehr guten Ernte und hoher Vorräte – dieser Preisbewegung gefolgt. Bei Zucker haben das zu erwartende Produktionsdefizit im Wirtschaftsjahr 1980/81 und anhaltende Käufe der Sowjetunion zu weiteren sprunghaften Preissteigerungen geführt.

Bis zum Frühjahr 1981 wird die Preisentwicklung auf den Weltgetreidemärkten durch Unsicherheiten über die Höhe der Getreideernte in der Sowjetunion und die australische Ernte geprägt sein. So sind aufgrund der niedrigen Lagerbestände in der Sowjetunion verstärkte Käufe dieses Landes und damit weitere Preissteigerungen nicht auszuschließen, deren Ausmaß aber durch die hohen Weizenvorräte und eine konjunkturell gedämpfte Nachfrage nach Fleisch und damit nach Futtergetreide begrenzt sein dürfte. Bei Ölsaaten ist mit einer Stabilisierung der Preise auf erhöhtem Niveau zu rechnen. Auf dem Weltzuckermarkt wird die angespannte Lage

noch durch erwartete Exportkürzungen Brasiliens verschärft, das vermehrt Zuckerrohr in die Alkoholproduktion zur Verwendung als Autotreibstoff umlenkt. Es ist damit zu rechnen, daß als Reaktion auf die anhaltend hohen Preise die Produktion im Verlauf von 1981 ausgeweitet wird und die Preise zurückgehen.

Die Märkte für Kakao und Kaffee sind durch einen Produktionsüberschuß gekennzeichnet, der auf eine reichliche Ernte und eine einkommensbedingt schwache Nachfrage in den Industrieländern zurückzuführen ist. Da die Versuche einer Exportregulierung durch die Erzeugerländer in dieser Situation wenig erfolgversprechend scheinen, ist auch im ersten Halbjahr 1981 mit unverändert niedrigen Preisen zu rechnen. Das Preisniveau für Nahrungs- und Genußmittel insgesamt dürfte sich nicht wesentlich verändern.

Ausblick

Die Prognose der Weltkonjunktur im Jahre 1981 wird dadurch erschwert, daß wesentliche Rahmenbedingungen bislang noch unklar sind. Dies gilt einmal für die zukünftige Ölpreisentwicklung; eine exogene Störung wie der Krieg zwischen Irak und Iran macht erneut deutlich, wie wenig zuverlässig die Angebotsentwicklung auf dem Weltrohölmarkt abgeschätzt werden kann. Zum anderen ist auch die Wirtschaftspolitik in den Industrieländern schwer voraussehbar; oftmals werden Ankündigungen dann nicht realisiert, wenn die tatsächliche Entwicklung wesentlich von der erwarteten Entwicklung abweicht. Überdies sind allenthalben protektionistische Maßnahmen in der Diskussion; angesichts zunehmender Beschäftigungsprobleme ist keineswegs ausgemacht, daß es bei Androhungen bleibt. In dieser Situation kommt die Prognose nicht ohne weitreichende Annahmen aus. Werden diese durch die tatsächliche Entwicklung nicht bestätigt, sind Abweichungen von der prognostizierten Entwicklung wahrscheinlich, sowohl was das Profil als auch was die jahresdurchschnittlichen Ergebnisse betrifft.

Der Prognose liegt die Annahme zugrunde, daß die Ölpreise wohl kaum stärker als die Preise industrieller Produkte steigen werden; insgesamt werden sich die Terms of Trade der Industrieländer kaum verbessern.

Für die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen wird angenommen, daß im Laufe der nächsten Monate die geldpolitischen Zügel in vielen Ländern wieder etwas gelockert werden, zumal Fortschritte bei der Eindämmung der Inflation deutlicher werden und die Leistungsbilanzdefizite zumindest tendenziell wieder abnehmen dürften. Dies ist um so wahrscheinlicher, als der jüngste Wiederanstieg der Zinssätze in den USA wohl als vorübergehend

anzusehen ist. Allerdings wird das Bestreben der Zentralbanken, einen ausreichenden Kapitalimport zur Finanzierung der Leistungsbilanzdefizite sicherzustellen und Abwertungen nach Möglichkeit zu vermeiden, den geldpolitischen Handlungsspielraum weiterhin einengen.

In verschiedenen Ländern, wie in den USA, in Japan und Frankreich, gibt es Anzeichen dafür, daß die zunehmenden Beschäftigungsorgen finanzpolitische Bemühungen um eine Stützung der Nachfrage – über die Wirksamkeit der „automatischen Stabilisatoren“ hinaus – auslösen werden. In anderen Volkswirtschaften dominieren demgegenüber nach wie vor Konsolidierungsbestrebungen.

Wie die Entwicklung 1974/75 zeigte, birgt ein weltweiter Konjunkturabschwung zwar die Gefahr in sich, daß wechselseitige kontraktive Anstöße zwischen den Industrieländern eine sich selbst verstärkende Abwärtsbewegung von Nachfrage und Produktion auslösen. Gegen eine solche Entwicklung spricht aber diesmal, daß sich in den meisten Ländern die verteilungspolitische Position der Unternehmen in Zusammenhang mit dem Ölpreisschub nicht so verschlechtert hat wie vor sechs Jahren und überwiegend auch Aussichten auf gemäßigte Lohnabschlüsse im nächsten Jahr bestehen. Insofern kommt es von dieser Seite her nicht wieder zu einer zusätzlichen Belastung der Investitionsneigung über die konjunkturellen Einflüsse hinaus, während der Anreiz zur Ösubstitution und Energieeinsparung sicherlich größer als nach der ersten Ölpreiskrise ist.

Mit dem Auslaufen der Anpassungsprozesse an die Einkommensumverteilung zugunsten der Ölexportländer und dem Wirksamwerden von wirtschaftspolitischen Kursänderungen dürften im Sommerhalbjahr 1981 die expansiven Kräfte in den meisten Industrieländern wieder das Übergewicht erlangen. Die Tendenzänderung – von überwiegend rückläufiger Produktion im Laufe dieses Jahres zu konjunktureller Besserung im Laufe des kommenden Jahres – wird allerdings in den Jahresergebnissen nicht zum Ausdruck kommen: Das reale Bruttosozialprodukt der westlichen Industrieländer, das 1980 wegen des Überhangs am Jahresbeginn das Vorjahrsergebnis wahrscheinlich noch etwas überschreiten wird, dürfte 1981 im Jahresdurchschnitt unverändert bleiben.

Der Preisauftrieb in den Industrieländern dürfte sich 1981 weiter verlangsamen. Die Unterschiede in den Inflationsraten von Land zu Land werden aber beträchtlich bleiben. Schon bislang haben die stark divergierenden Preisentwicklungen die Wettbewerbspositionen im Welthandel beträchtlich verschoben, und zwar zu Lasten der Länder, die bereits jetzt eine relativ hohe Arbeitslosigkeit verzeichnen. In

dem Maße, wie sich die Beschäftigungsprobleme noch vergrößern, dürfte die Neigung abnehmen, die gegenwärtigen Wechselkurse zu verteidigen. Dies gilt auch für die Mitgliedsländer im Europäischen Währungssystem.

Zwei Jahre ohne Wirtschaftswachstum werden angesichts des zunehmenden Arbeitskräftepotentials und anhaltender Produktivitätsfortschritte zu einer fühlbaren Zunahme der ohnehin hohen Arbeitslosigkeit in den Industrieländern führen. Die zunehmende Verfehlung des Beschäftigungsziels — bei hohen Leistungsbilanzdefiziten — belastet nicht zuletzt die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, wie die deutliche Verstärkung der protektionistischen Bestrebungen zeigt. Den dadurch erreichbaren kurzfristigen Einkommens- und Beschäftigungseffekten in den so geschützten Bereichen stehen aber aller Erfahrung nach weit größere Ausfälle in den Bereichen gegenüber, in denen sich die damit verbundenen Realeinkommenseinbußen der Verbraucher auswirken. Noch größer ist indes die Gefahr, daß es zur Vergeltung und so schließlich zum wechselseitigen Aufschaukeln des Protektionismus kommt. Ein derartiger Wandel der jahrzehntelang von Liberalisierungsfortschritten geprägten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen würde die Bemühungen um eine nachhaltige Stärkung der Investitionsneigung in den Industrieländern konterkarieren.

**Reales Sozialprodukt und Verbraucherpreise
in den wichtigsten Industrieländern¹⁾**
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr²⁾

	Bruttosozial- produkt		Verbraucher- preise	
	1980	1981	1980	1981
Bundesrepublik Deutschland	2	0	5,5	4
Frankreich	1,5	0,5	13,5	11
Vereinigtes Königreich	-3	-1	18	11
Italien	3	-1	21	18
Niederlande	1	0	6,5	5,5
Schweden	2	0	13,5	11,5
Belgien	1	0	6,5	5
Schweiz	2	0	4	2,5
Österreich	3	1	6,5	5,5
Dänemark	-1	-1	13	10
Norwegen	3,5	2,5	10	11
Westeuropa ³⁾	1	0	11,5	9
Vereinigte Staaten	-1,5	0	13,5	10
Japan	4	1,5	8	5,5
Kanada	-0,5	0,5	10	8,5
Insgesamt ³⁾	0,5	0	12	9

¹⁾ Vorausschätzungen der beteiligten Institute. — ²⁾ Angaben auf halbe Prozente gerundet. — ³⁾ Summe der aufgeführten Länder; Gewichtung gemäß Bruttosozialprodukt von 1978 zu Preisen und Wechselkursen von 1975.

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland war es Anfang dieses Jahres noch einmal zu einem kräftigen Nachfrage- und Produktionsschub gekommen, der vor allem durch die Sorge vor Verknappungen und weiteren stürmischen Preissteigerungen ausgelöst worden war. Ihm folgte im Frühjahr ein Rutsch, der die konjunkturelle Entwicklung nach unten ebenso überzeichnete wie vorher der Schub nach oben. Dieses hektische Auf und Ab überlagerte die erwartete Abschwächung der konjunkturellen Entwicklung.

Der Grund für die Abschwächung liegt im Zusammenwirken von starker Ölverteuerung und der Politik des knappen Geldes. Die Ölverteuerung hatte die Wirtschaft zwar schon im vergangenen Jahr belastet, die Wirkungen auf die Produktion wurden jedoch bis in das laufende Jahr hinein durch einen überaus starken Lageraufbau bei den Unternehmen sowie durch vorgezogene Käufe der privaten Haushalte und des Auslands verzögert. In der diesjährigen Lohnrunde griffen die Ölpreissteigerungen auf die inländische Kostenentwicklung über. Dies mag die Bundesbank veranlaßt haben, die Ausweitung der Zentralbankgeldmenge in der unteren Hälfte des Zielkorridors zu halten. Hinzu kamen die tiefen Spuren, die die Ölverteuerung in der Leistungsbilanz hinterließ. Die Bundesbank war bestrebt, den Ausgleich des Defizits über Kapitalimporte zu erreichen, und dazu bedurfte es – da eine Abwertung der D-Mark verhindert werden sollte – hoher Zinsen. Dies gelang freilich nur, indem das Geldangebot schwächer ausgeweitet wurde, als es den binnenwirtschaftlichen Erfordernissen entsprochen hätte.

Obwohl die Kosten- und Preissteigerungen in der Bundesrepublik Deutschland deutlich geringer waren als im Ausland, geriet die D-Mark nicht unter den Einfluß von Aufwertungserwartungen, sondern neigte zur Schwäche. Dies erklärt sich vor allem daraus, daß das Europäische Währungssystem Aufwertungs- wie Abwertungserwartungen blockiert. Änderungen der Leitkurse dürfen nur noch einstimmig vorgenommen werden, und bei einigen Regierungen ist die Abneigung gegen Abwertungen der Währung ihres Landes so offenkundig, daß die Akteure auf den Devisenmärkten dies als „Wechselkursgarantie“ betrachten und in ihre Dispositionen einbeziehen. Kapitalanbieter legen ihr Geld also verstärkt dort an, wo die höchsten Zinsen geboten, Kreditnehmer verschulden sich zunehmend dort, wo die niedrigsten Zinsen verlangt werden – mit der Folge, daß die Zinsen in der Bundesrepublik höher sind, als sie sonst wären.

Ausfuhr von Waren geht zurück

Eine ähnliche konjunkturelle Entwicklung wie in der Bundesrepublik Deutschland vollzog sich in zahl-

reichen Nachbarländern; dies spiegelt sich in der Ausfuhr wider:

- das Nachlassen des Lageraufbaus im ausgeprägten Rückgang der Ausfuhr von Grundstoffen und Produktionsgütern,
- der Druck auf den privaten Verbrauch im Sinken der Ausfuhr von Verbrauchsgütern,
- die weltweite Schwäche der Nachfrage nach Kraftfahrzeugen im Fallen der Ausfuhr dieser Erzeugnisse,
- die „Robustheit“ der Investitionen in der noch leichten Zunahme der Ausfuhr vor allem von elektrotechnischen Investitionsgütern, Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten, weniger dagegen in den Lieferungen von Eisen-, Blech- und Metallwaren und Maschinen.

Ebenso wie die vorangegangene Zunahme ergab sich auch der Rückgang der Exporte überwiegend im Handel mit den anderen Industrieländern. Aus dem Rahmen fallen dabei die Lieferungen nach Italien, die – wohl wegen der dort starken Preissteigerungen bei festgehaltenen Wechselkursen – weiter gestiegen, sowie die Lieferungen nach den Vereinigten Staaten von Amerika, die vor allem wegen der scharfen Rezession stark gesunken sind.

Die Ausfuhr in die Länder der OPEC nahmen im Vergleich zur Entwicklung nach dem Ölpreisschub 1973/74 nur wenig zu. Die Staatshandelsländer haben ihre Importe aus der Bundesrepublik gedrosselt, vermutlich weil es ihnen – abgesehen von der Sowjetunion – an Devisen mangelt.

Nur schwache Zunahme des privaten Verbrauchs

Der private Verbrauch war bereits in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres durch die scharfe Verteuerung von Heizöl gedrückt. Zu Beginn dieses Jahres waren, in Erwartung starker Preissteigerungen, Käufe zu Lasten der Ersparnis vorgezogen worden, in den folgenden Monaten fiel daher Nachfrage aus. Seit der Jahresmitte nimmt der private Verbrauch wieder zu, wenn auch nur langsam. Dieser Verlauf entspricht der nur schwachen Zunahme der Einkommen, die sich vor allem aus der ungünstigeren Beschäftigungsentwicklung ergibt. Zu der Erhöhung der Sparquote gegenüber 1979 dürften die Verteuerung der Konsumentenkredite sowie der Anstieg der Verzinsung von Geldanlagen beigetragen haben.

Höhepunkt der Baukonjunktur überschritten

Auf dem Baumarkt hatte sich die Nachfrage schon im vergangenen Jahr nach unten geneigt, zum Teil wegen der abschreckenden Verteuerung von Bau-

land, Bauleistungen und Krediten, zum Teil wegen des Auslaufens des Programms für Zukunftsinvestitionen. Diese Entwicklung wurde zu Anfang des Jahres unterbrochen, als öffentliche Stellen Aufträge vergaben, die vorher wegen der starken Anspannungen auf dem Baumarkt zurückgehalten worden waren. Hinzu kam, daß die Haushalte des Bundes und einiger Länder ungewöhnlich frühzeitig verabschiedet worden waren und deshalb Aufträge früher als sonst erteilt werden konnten.

Die Bautätigkeit hat ihren Höhepunkt im Frühjahr überschritten. Offenbar waren die Unternehmen bestrebt, die zunächst noch hohen Auftragsbestände zu strecken, da sie fürs nächste nicht mit einem Wiederanstieg der Nachfrage rechnen.

Erlahmender Investitionsaufschwung

Schon im Herbst vorigen Jahres hatten sich die am Ifo-Konjunkturtest beteiligten Unternehmen skeptisch über die Fortdauer der günstigen Konjunktur geäußert. Die Zweifel haben sich im Laufe dieses Jahres verstärkt und die Investitionsentscheidungen immer mehr beeinflußt. Dies zeigt sich im Rückgang der inländischen Bestellungen von Investitionsgütern.

Da der vorausgegangene Schwung der Investitionsgüternachfrage, der in seiner Endphase verstärkt vom Motiv der Kapazitätserweiterung getragen war, die Auftragsbestände stark hatte steigen lassen, nahmen die Ausrüstungsinvestitionen bis zur Jahresmitte weiter zu. Danach dürfte der Anstieg zum Stillstand gekommen sein. Damit hat sich die Abkühlung des konjunkturellen Klimas auch auf die Investitionen ausgewirkt. Die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen wird aber von Vorhaben gestützt, die der Einsparung von Energie, der Erschließung neuer Energiequellen, der Anwendung neuer Fertigungstechniken und der Entwicklung neuer Produkte dienen.

Stark verringerte Lagerinvestitionen

Nach der zu Jahresbeginn nochmals kräftigen Aufstockung der Lager gingen von den Lagerdispositionen der Unternehmen in den letzten Monaten erhebliche Bremswirkungen aus. Besonders ausgeprägt war die lagerzyklische Bewegung bei Grundstoffen und Produktionsgütern. Umfrageergebnisse sprechen allerdings dafür, daß die Industrieunternehmen geneigt sind, bei Rohstoffen und Vormaterialien aus Gründen der Versorgungssicherheit umfangreichere Vorräte als früher zu halten. Die Lager an Fertigwaren werden sowohl in der Industrie als auch im Handel immer noch für zu groß gehalten.

Abnehmende Produktion und Beschäftigung

Die gesamtwirtschaftliche Produktion ist der rückläufigen Nachfrage rasch gefolgt. Allerdings vollzog sich die Entwicklung unter ausgeprägten Schwan-

kungen. Nach dem durch die weltpolitischen Ereignisse ausgelösten Schub am Jahresbeginn fiel die Produktion im Frühjahr stark. Der Rückgang setzte sich, folgt man den bisher vorliegenden statistischen Informationen, nach der Jahresmitte nicht fort, doch lassen die Entwicklung der Nachfrage sowie die aus dem Ifo-Konjunkturtest bekannten Produktionspläne erwarten, daß die Produktion in den letzten Monaten des Jahres wieder sinkt. Im Jahresdurchschnitt dürfte der Zuwachs des realen Sozialprodukts in der Größenordnung von 2 vH liegen.

Auf dem Arbeitsmarkt schlug sich die konjunkturelle Abschwächung zunächst vor allem in einer Verringerung der Arbeitszeit durch Abbau von Überstunden und Übergang zu Kurzarbeit nieder. Zuletzt nahm auch die Beschäftigtenzahl ab. Diese war zuvor kräftig gestiegen. Insbesondere die Zahl der Lehrlinge hatte deutlich zugenommen, ihr Anteil an der Gesamtzahl der beschäftigten Arbeitnehmer ist mit 7,7 vH fast wieder so hoch wie Mitte der fünfziger Jahre.

Die Arbeitslosenzahl nahm schon zu, als sich der Anstieg der Beschäftigtenzahl verlangsamte, da das Arbeitskräfteangebot weiter stark wuchs; eine Rolle spielte dabei zunächst auch noch der Zustrom von Asylbewerbern. Ende September betrug die von Saisoneinflüssen bereinigte Zahl der Arbeitslosen 930 000. Sie war damit bereits um etwa 100 000 höher als im Frühjahr. Am Jahresende dürfte sie, saisonbereinigt, etwa 1 Million betragen. Im Jahresdurchschnitt belief sie sich demnach auf etwa 900 000 gegenüber 876 000 im vergangenen Jahr; dies entspricht einer Arbeitslosenquote von jeweils knapp 4 vH.

Nachlassender Preisauftrieb

Der Preisauftrieb hat sich seit dem Frühjahr beträchtlich verlangsamt. Hierzu trug bei, daß sich die Importpreise nur noch wenig erhöhten. Bei zahlreichen Rohstoffen und Halbwerten kam es sogar zu Preissenkungen. Der Verringerung des Kostendrucks aus dem Ausland steht in diesem Jahr allerdings ein verstärkter Anstieg der Lohnstückkosten gegenüber, der sich zum Teil aus den erhöhten Lohnabschlüssen und zum Teil aus der Verlangsamung des Produktivitätsfortschritts ergibt. Die starke Konjunkturabkühlung hat indes die Überwälzung erheblich erschwert; die Erträge der Unternehmen gerieten also erheblich unter Druck.

Erst wenig nachgelassen hat dagegen das Tempo der Baupreissteigerungen. Im zweiten Vierteljahr betrug der Anstieg 11 vH gegenüber dem Vorjahr, im öffentlichen Bau sogar 13 vH. Die Verteuerung der Lebenshaltung aller privaten Haushalte hat sich seit Jahresbeginn deutlich verlangsamt. Der laufende Preisanstieg ermäßigte sich von einer Jahresrate um 6 vH im ersten auf eine von etwa 4 vH im dritten

Vierteljahr. Im Vorjahrsvergleich betrug die Verteuerung zuletzt etwas mehr als 5 vH; am Jahresende wird sie wohl darunter liegen.

Leistungsbilanzdefizit zuletzt nicht weiter gestiegen

Mit dem Produktionsrückgang und der Zurückhaltung bei den Lagerinvestitionen nahm der Import von industriellen Vorprodukten merklich ab, besonders stark der von Rohstoffen; volle Läger und Einsparungen beim Verbrauch ließen namentlich die Bezüge von Rohöl sinken. Mit der Abschwächung von Investitionen und Verbrauch nahm auch die Einfuhr von Enderzeugnissen ab.

Da die Warenausfuhr noch etwas stärker sank als die Einfuhr, verringerte sich der reale Überschuß im Warenverkehr. Im Dienstleistungsverkehr kam es dagegen zu einem deutlichen Abbau des Defizits; erhöhte Kapitalerträge aus dem Ausland spielten hierbei eine wichtige Rolle. Der reale Außenbeitrag hat sich daher in den letzten Monaten vergrößert. Die Terms of Trade veränderten sich leicht zugunsten der Bundesrepublik, so daß sich der Außenbeitrag auch in jeweiligen Preisen erhöhte. Da das Defizit bei den Übertragungen — vor allem aufgrund von Sonderfaktoren — stieg, kam es allerdings noch nicht zu einer Verbesserung der Leistungsbilanz; das Leistungsbilanzdefizit nahm saisonbereinigt lediglich nicht weiter zu. Im Jahresergebnis wird es 25 bis 30 Mrd. DM betragen, nach 10 Mrd. DM im Jahre 1979.

Noch kräftiger Anstieg der Staatsausgaben

Entgegen den finanzpolitischen Absichten nehmen die Staatsausgaben in diesem Jahr nicht nennenswert langsamer zu als im vergangenen. Sie steigen voraussichtlich um fast 8 vH, in der zweiten Jahreshälfte aber weniger stark als in der ersten. Höhere Tariflohnsteigerungen und verstärkte Preiserhöhungen bei den Sachausgaben führen trotz einer schwächeren Ausweitung des Personalbestandes zu einem noch stärkeren Anstieg des Staatsverbrauchs als im Vorjahr. Die Zinszahlungen steigen beschleunigt. Dagegen schwächt sich die Zunahme der Investitionsausgaben ab; real werden die staatlichen Investitionen 1980 nur um etwa 3 vH erhöht, nach 6 1/2 vH im Jahr vorher.

Die Einnahmen des Staates steigen mit 7 vH etwas weniger als im Vorjahr. Ausschlaggebend hierfür sind Steuererleichterungen, die sich aus dem Steueränderungsgesetz 1979 ergeben. So entlasten die Abschaffung der Lohnsummensteuer zum 1. 1. 1980 und die Anhebung der Freibeträge bei der Gewerbesteuer die Unternehmen in diesem Jahr um 3,5 bis 4 Mrd. DM. Auch werden die Kasseneinnahmen des Staates durch die zum Teil verzögerten Auswirkungen der zahlreichen Steuerrechtsänderungen der

letzten Jahre geschmälert. Hinzu kommt die Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages von 400 auf 600 DM in diesem Jahr, die zu einem Einnahmenausfall von etwa 1 Mrd. DM führt. Zum Teil schwächt sich die Zunahme der Steuereinnahmen aber auch konjunkturbedingt ab.

Das Finanzierungsdefizit erhöht sich in diesem Jahr um schätzungsweise 8 auf 50 Mrd. DM. Dabei vergrößert sich das Defizit der Gebietskörperschaften von 41 auf etwa 52 Mrd. DM, während die Sozialversicherungen nach einem Defizit von 1 Mrd. DM im Vorjahr voraussichtlich einen Überschuß von 2 Mrd. DM aufweisen.

Anders als bei Bund und Ländern verbessert sich die Finanzlage der Gemeinden in diesem Jahr deutlich. Ihnen kommt die Anhebung ihres Anteils an den Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer von 14 auf 15 vH zugute sowie die Senkung der Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder um ein Drittel, womit Mindereinnahmen bei der Lohnsummen- und Gewerbesteuer mehr als ausgeglichen werden. Die Zuwachsrate ihrer Steuereinnahmen liegt deshalb mit etwa 14 vH weit über der von Bund und Ländern.

Außenwirtschaftliche Probleme belasten Geldpolitik

Anfang 1980 hat die Deutsche Bundesbank ihren geldpolitischen Kurs verschärft und ihn bis zuletzt weitgehend beibehalten. Für diese Politik waren vor allem außenwirtschaftliche Vorgänge maßgeblich: die rapide Verschlechterung der Leistungsbilanz aufgrund der drastischen Ölverteuerung sowie der Zinsanstieg im Ausland infolge der Verschärfung des geldpolitischen Restriktionskurses in vielen Ländern. Beides führte zu einer das Angebot übersteigenden Nachfrage nach Devisen, und der Kurs der D-Mark geriet so weit unter Druck, daß die D-Mark neben der Lira die schwächste Währung im Europäischen Währungssystem wurde. Um die im System vereinbarten Bandbreiten einzuhalten, gab die Bundesbank Devisen aus ihren Beständen ab; mit den Interventionen sollte aber auch eine stärkere Abwertung gegenüber dem Dollar vermieden werden. Da sie aber einen anhaltenden Devisenabfluß verhindern wollte, entschloß sie sich zu einer Politik relativ hoher Zinssätze, um den Import von Kapital anzuregen. Mit der an der Stabilisierung der Wechselkurse orientierten Politik gerieten die deutschen Kreditmärkte in das Fahrwasser der amerikanischen Zinsentwicklung.

Im Zuge dieser Politik hat sich die Geldmengenerweiterung, die zur Jahreswende etwas lebhafter geworden war, wieder abgeschwächt. Das Geldvolumen in der Abgrenzung von Bargeld und Sichteinlagen (M_1) stagnierte, und die Geldmenge in der weiteren, auch die reservepflichtigen Termin- und

Spargelder umfassenden Abgrenzung (M_3), nahm seit dem Frühjahr nur noch wenig zu. Die Kreditexpansion wurde zwar durch den Zinsanstieg ebenfalls gebremst, sie blieb aber — wie in Phasen konjunktureller Abkühlung üblich — im Vergleich zur Ausweitung der Geldmenge hoch.

Die Zentralbankgeldmenge, die im März noch den oberen Rand des durch laufende Expansionsraten von 5 bis 8 vH begrenzten Zielkorridors berührt hatte, sank bis Mai an die untere Grenze und liegt seit Juli darunter. Diese Entwicklung ist mit den Grundsätzen einer potentialorientierten Geldmengensteuerung nicht vereinbar und wird Wachstum und Beschäftigung beeinträchtigen.

Nach der Jahresmitte hat die Bundesbank den Lombardsatz leicht ermäßigt, und die Lombardverschuldung der Banken wurde durch etwas billigere Zentralbankkredite ersetzt. Es ist jedoch fraglich, ob dies für eine angemessene Expansion der Zentralbankgeldmenge noch in diesem Jahr ausreicht.

Ausblick

Die Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 1981 ist derzeit mit relativ großen Unsicherheiten behaftet. Die Rahmenbedingungen, unter denen sich die Entwicklung vollziehen wird, liegen noch nicht so fest, daß sich aus ihnen eindeutig quantifizierbare Tendenzen ableiten ließen.

Große Unsicherheit besteht — vor allem nach dem Ausbruch des Krieges zwischen Irak und Iran — über die weitere Entwicklung des Erdölangebots und der Rohölpreise. Bleibt der Konflikt auf diese beiden Länder begrenzt, können die Lieferausfälle durch Mehrproduktion in anderen Fördergebieten und weitere Einsparungen beim Ölverbrauch wohl so weit kompensiert werden, daß es zu keinen die Produktionsmöglichkeiten in den Verbraucherländern behindernden Verknappungen kommt. Die Lage auf den Ölmärkten bleibt insgesamt labil. Für die Prognose wird angenommen, daß sich der Preis — gerechnet in US-Dollar — etwa im Ausmaß des Preisanstiegs bei den Industriegütern erhöht, dies für die Bundesrepublik aber nicht voll spürbar wird, da der Wechselkurs der D-Mark nominal steigen dürfte.

Die Probleme auf den Ölmärkten machen auch die Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung in den übrigen Ländern schwierig. Für die westlichen Industrieländern wird als wahrscheinlich angesehen, daß sich die konjunkturelle Tendenz im Verlauf des Jahres 1981 wieder nach oben richtet und auch der Welthandel wieder steigt.

Angesichts der anhaltend großen Unterschiede zwischen den Preissteigerungsraten im Inland und denen im Ausland und einer beginnenden Verringerung des Defizits in der deutschen Leistungsbilanz

dürften sich für die D-Mark im nächsten Jahr Aufwertungserwartungen durchsetzen. Sie werden zu einer Höherbewertung der D-Mark nicht nur gegenüber Drittwährungen, sondern auch innerhalb des Europäischen Währungssystems führen. Allerdings wird nicht angenommen, daß mit dem Kursanstieg für den Durchschnitt der Prognoseperiode ein voller Ausgleich der Unterschiede in der Kosten- und Preisentwicklung erreicht wird; die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Produzenten dürfte sich auf diese Weise erhöhen.

Unter diesen Umständen wird es wahrscheinlich zu einer Ausweitung des Geldangebots durch die Bundesbank kommen, die den binnenwirtschaftlichen Erfordernissen entspricht, und damit zu Zinssenkungen an den Geld- und Kapitalmärkten. Den endogenen Auftriebskräften in der Wirtschaft wird also mehr Raum gegeben werden.

Für die Finanzpolitik des Jahres 1981 sind wichtige Entscheidungen zwar schon gefallen, dennoch bleibt Unsicherheit bei der Einschätzung der tatsächlichen finanzpolitischen Effekte. Beschlossen wurden steuerliche Entlastungen der privaten Haushalte sowie zusätzliche Ausgaben zugunsten der Familien. Diesen für sich gesehen expansiven Maßnahmen wirkt entgegen, daß indirekte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge erhöht und eine zurückhaltende Ausgabenpolitik verfolgt werden sollen. Das finanzpolitische Ziel, das öffentliche Defizit nicht steigen zu lassen, dürfte indes nicht erreicht werden. Dem stehen schon die bei der Formulierung des Ausgabenziels nicht berücksichtigten konjunkturbedingten Mehrausgaben entgegen. Wahrscheinlich werden die Ausgaben der Gebietskörperschaften stärker als vorgesehen — um etwa 5 vH — zunehmen.

Für den Ausgang der Lohnrunde 1981 wird angenommen, daß die Tarifparteien die geringen realen Verteilungsspielräume und die verringerten Möglichkeiten der Kostenüberwälzung berücksichtigen. Dämpfend dürften sich die schon jetzt deutliche Abschwächung des Preisauftriebs, die Zunahme der Arbeitslosigkeit sowie die Einengung der Ertragsspannen bei den Unternehmen auswirken. Unter diesen Umständen sind Tarifabschlüsse mit deutlich niedrigeren Steigerungsraten als 1980 wahrscheinlich.

Talsole beim Export wird durchschritten

Mit der fortgesetzten Abwärtsbewegung des Welt Handels wird auch die reale Warenausfuhr der Bundesrepublik zunächst weiter zurückgehen. Allerdings wird der Rückgang durch die relativ günstige Wettbewerbsstellung der deutschen Industrie gegenüber vielen anderen Ländern — die wichtigste Ausnahme bildet Japan — sowie die spezifischen Vorteile des deutschen Angebotssortiments gerade bei den welt-

weiten Bemühungen um Ölsubstitution und Energieeinsparung gemildert; die Abnahme der realen Nachfrage im Ausland bleibt jedoch noch einige Zeit dominierend.

Eine Wende nach oben ist erst zu erwarten, wenn sich Weltkonjunktur und Welthandel erholen. Dies dürfte im Laufe des Sommerhalbjahres 1981 der Fall sein. Die von den westlichen Industrieländern ausgehenden Impulse werden wahrscheinlich begleitet sein von verstärkten Einfuhren der Länder der OPEC, so daß sich für den weiteren Verlauf des kommenden Jahres ein beschleunigter Anstieg der Warenausfuhr abzeichnet. Von den Einfuhren der übrigen Entwicklungsländer und der Staatshandelsländer sind wegen des Mangels an Devisen allerdings keine Anstöße für den deutschen Export zu erhoffen.

Insgesamt dürfte die reale Warenausfuhr erst Ende des kommenden Jahres wieder das Niveau von Anfang 1980 erreichen. Im Jahresdurchschnitt 1981 wird sie geringfügig niedriger sein als in diesem Jahr, in dem sie dank des günstigen Ergebnisses im ersten Halbjahr noch um etwa 5 vH zunehmen wird. Die realen Ausfuhren von Dienstleistungen, die weniger konjunkturabhängig sind als die der Waren, werden 1981 weiter steigen.

Öffentliche Ausgabenpläne im Zeichen von Sparmaßnahmen

Die Finanzpolitik will 1981 versuchen, einerseits den konjunkturpolitischen Erfordernissen, andererseits der als zu hoch empfundenen Neuverschuldung des Staates gerecht zu werden. So werden die Steuern vom Einkommen um rd. 8 Mrd. DM gesenkt; davon entfallen 6 Mrd. DM auf die Änderungen des Einkommensteuertarifs und 2 Mrd. DM auf die Neuregelung der Abzugsfähigkeit von Kinderbetreuungskosten. Dem stehen indes die geplante Mehrbesteuerung von Branntwein und Mineralöl – voraussichtlich zum 1. 4. 1981 – und die Streichung von Subventionen des Mineralölverbrauchs in der Luftfahrt und der Schifffahrt gegenüber. Bei der Rentenversicherung sollen zudem die Einnahmen durch die Anhebung des Beitragssatzes von 18 auf 18,5 vH um 3 Mrd. DM gesteigert werden. Die Entlastung für Steuer- und Beitragszahler ist damit insgesamt deutlich geringer, als der Umfang des Steuerentlastungspaketes 1981 verspricht.

Mindereinnahmen an Steuern und Beiträgen werden sich allerdings aus konjunkturellen Gründen ergeben: bei der Lohnsteuer vornehmlich deshalb, weil die Beschäftigtenzahl sinken wird, bei den Steuern vom Umsatz aufgrund der nur schwachen Ausweitung des nominalen privaten Verbrauchs und der Einfuhr. Bei der Einkommensteuer wird die Veranlagung für das Jahr 1979 zu deutlichen Mehr-

einnahmen führen. Das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer wird jedoch allenfalls geringfügig zunehmen; bei der geschwächten Ertragssituation werden hier die Vorauszahlungen eher vermindert, während aus der Veranlagung nur wenig Mehreinnahmen zu erwarten sind. Insgesamt werden sich 1981 die Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften um knapp 4 vH erhöhen, die Einnahmen der Sozialversicherung um knapp 6 vH.

Auf der Ausgabenseite zeigen sich die Konsolidierungsbestrebungen darin, daß der Bund den Anstieg seiner Ausgaben auf 4 vH begrenzen will und mehrere Länder ihre Ausgaben um nicht mehr als 4 bis 5 vH steigern wollen. Obwohl diese Planung, insbesondere beim Bund, nicht einzuhalten sein wird – die feststehenden Mehrbelastungen für militärische Aufwendungen, Zahlungen an die Europäischen Gemeinschaften, Zinsen, erhöhtes Wohn- und Kindergeld und Leistungen an die Bundesanstalt für Arbeit werden nicht voll durch Ausgabenkürzungen auszugleichen sein –, gehen von den Ausgaben des Staates konjunkturdämpfende Wirkungen aus. Dies gilt insbesondere, wenn die Ausgabenkürzungen, wie es die Erfahrung zeigt, weniger im Subventions- und Transferbereich vorgenommen werden, sondern vor allem die investiven Ausgaben treffen, zu denen unter Wachstumsaspekten auch ein Teil der Aufwendungen für den Staatsverbrauch gehört. Der Bund hat schon im Rahmen des Nachtragshaushalts 1980 Investitionsvorhaben und Investitionszuschüsse gekürzt; bei den Gemeinden wird das Auslaufen des Programms für Zukunftsinvestitionen zusammen mit verringerten Länderzuweisungen zu einem eher prozyklischen Investitionsverhalten führen. Damit werden 1981 die realen staatlichen Bauausgaben deutlich niedriger sein als 1980, zumal die zu erwartende Korrektur der Steuervorausschätzungen nach unten wohl zu weiteren Streichungen Anlaß geben wird. Gegenüber der letzten Schätzung des „Arbeitskreises Steuerschätzungen“ vom Mai dieses Jahres sind allein aus konjunkturellen Gründen, also neben den damals nicht berücksichtigten steuerpolitischen Entscheidungen, Mindereinnahmen in der Größenordnung von 6 Mrd. DM vorzusehen.

Beim Staatsverbrauch der Gebietskörperschaften werden die Einsparungsbemühungen ebenfalls zu einer erheblichen Tempodrosselung führen. Nominal dürfte er 1981 um knapp 6 vH steigen, nach über 8 vH in den beiden Vorjahren. Weniger deutlich wird die Verminderung des Verbrauchsanstiegs bei der Sozialversicherung ausfallen. Real wird der gesamte Staatsverbrauch um etwa einen halben Prozentpunkt weniger zunehmen als im Jahre 1980.

Das Finanzierungsdefizit des Staates wird bei dieser Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben

um etwa 10 Mrd. DM steigen und eine Größenordnung von 60 Mrd. DM erreichen. Dabei wird der „strukturelle“ Teil des Defizits eher sinken.

Bauinvestitionen sinken

Unter dem Einfluß finanzpolitischer Maßnahmen und der Geldpolitik haben die realen öffentlichen Bauinvestitionen und die Investitionen in Wohnbauten seit dem Frühjahr abgenommen. Schon die bisherige Entwicklung der Baunachfrage und die Ansätze in den Haushalten der Gebietskörperschaften sprechen für eine Fortsetzung dieser Entwicklung bis weit in das Jahr 1981 hinein.

Im Durchschnitt des Jahres 1980 werden die realen Bauinvestitionen in beiden Bereichen allein wegen der lebhaften Bautätigkeit zu Jahresbeginn noch um etwa 2 1/2 vH höher sein als im Vorjahr, im kommenden Jahr werden sie aber um etwa 4 1/2 vH niedriger liegen. Im Wohnungsbau wirken sich dabei die Nachfrage nach Instandsetzungs- und Modernisierungsleistungen sowie energiesparenden Maßnahmen stützend aus, allerdings schwächen sich diese Impulse ab.

Die Zunahme der gewerblichen Bauinvestitionen wird sich abflachen. Folgt diese allein konjunkturellen Bestimmungsgründen, müßte für sie ebenfalls ein deutlicher Rückgang befürchtet werden, da in Perioden konjunktureller Schwäche die Neigung zu Erweiterungsinvestitionen in der Regel stark abnimmt. Da jedoch in diesem Aufschwung Erweiterungsinvestitionen keine große Rolle gespielt haben, besitzt dieses Argument kein großes Gewicht. Außerdem werden vom gewerblichen Tiefbau nachfragestabilisierende Effekte ausgehen. So sind im Bereich der Fernwärmeversorgung noch Aufträge aus dem Programm für Zukunftsinvestitionen zu vergeben und abzuwickeln. Auch andere bauliche Investitionen zur Energieeinsparung und -substitution werden weiter zunehmen. Die gewerblichen Bauinvestitionen werden also wahrscheinlich ihr hohes Niveau vom Jahre 1980 etwa halten können.

Für die gesamten Bauinvestitionen ergibt sich daraus das Bild eines zunächst beschleunigten Rückgangs, der sich erst im späteren Verlauf des Jahres 1981 unter dem Einfluß der dann wohl günstigeren Finanzierungsbedingungen und deutlich verringerter Baupreissteigerungen fangen könnte. Für den Wohnungsbau ist dabei zu berücksichtigen, daß es in der vergangenen Hochkonjunktur keine Überproduktion von Wohnungen gegeben hat, der Zeitpunkt einer Erholung der Nachfrage also nicht durch einen Abbau von „Wohnungshalden“ verzögert wird.

Im Jahresdurchschnitt werden die realen Bauinvestitionen 1981 um etwa 3 vH niedriger sein als in

diesem Jahr, in dem insgesamt noch ein Zuwachs von etwa 3 1/2 vH erreicht wird. Bei einer solchen Entwicklung der Produktion wird die Bauwirtschaft neben dem weiteren Abbau von Überstunden in erheblichem Ausmaß Beschäftigte freisetzen müssen.

Nur leichte Schwäche der Ausrüstungsinvestitionen

Der Anstieg der realen Ausrüstungsinvestitionen hat sich, wohl vor allem unter dem Einfluß enttäuschter Absatzerwartungen und einer langen Periode hoher Realzinsen, deutlich abgeflacht; das schon früher vergebene Prädikat „robust“ ist dennoch weiterhin gültig: Die realen Ausrüstungen werden zwar im zweiten Halbjahr zurückgehen, aber weit weniger als in vergleichbaren Konjunkturphasen. Im Jahresdurchschnitt dürften sie um etwa 4 vH höher sein als im Jahr zuvor.

Für eine relativ günstige Einschätzung der Investitionstätigkeit im Jahre 1981 gibt es mehrere Gründe. Eine Verbesserung beim Export und niedrigere Zinsen, wie sie in dieser Prognose insgesamt vorausgesetzt worden sind, werden zur Ermutigung der Investoren beitragen. Fällt die nächste Lohnrunde moderat aus, wird sich dies ebenfalls positiv auf das Investitionsklima auswirken. Zwar sind die Gewinnmargen der Unternehmen in der letzten Zeit gesunken, weil der im Inland und Ausland verursachte Kostenanstieg nicht voll in den Preisen weitergegeben werden konnte. Die Unternehmen rechnen aber bisher offenbar nicht damit, daß der Druck auf die Gewinne dauerhaft sein wird. Schließlich werden Investitionen, mit denen die längerfristigen Wettbewerbschancen vergrößert werden, z. B. in der Automobilindustrie, sowie die Investitionen zur Mineralölsubstitution und Energieersparnis eher weiter erhöht.

Die Investitionsentwicklung wird jedoch differenzierter: Ein Anstieg ist in der Automobilindustrie, dem Bergbau und dem Energiesektor zu erwarten, ein Rückgang dagegen in der Bauwirtschaft, der Landwirtschaft und wohl auch in der Chemischen Industrie.

Für das Ergebnis im Durchschnitt des Jahres 1981 zeichnet sich dabei eine geringe Einbuße ab. Sie ergibt sich im Jahresverlauf aus einer zunächst noch sinkenden, dann aber wieder steigenden Tendenz. Das Niveau der Ausrüstungsinvestitionen bleibt also so hoch, daß nicht mit gravierenden Verlusten beim Wachstum des Produktionspotentials zu rechnen ist.

Privater Verbrauch weiterhin gedämpft

Die Schwäche des privaten Verbrauchs hat bis in die jüngste Zeit angehalten. Gegen Jahresende wird es wegen der höheren Freibeträge für das Weihnachtsgeld wohl zu einer leichten Belebung kommen.

Insgesamt wird der reale private Verbrauch in diesem Jahr aber nur um rd. 1 1/2 vH zunehmen; das ist nur halb so stark wie im Vorjahr.

Die Entwicklung des privaten Verbrauchs im Jahre 1981 wird voraussichtlich weitgehend der Entwicklung des verfügbaren Einkommens entsprechen. Die tariflichen Einkommen der Arbeitnehmer werden wahrscheinlich schwächer steigen als in diesem Jahr. Gerechnet wird mit einem Anstieg in der Größenordnung von 5 vH. Das Arbeitsvolumen wird jedoch 1981 spürbar schrumpfen: Sowohl die Beschäftigtenzahl als auch die Stundenzahl je Beschäftigten werden zurückgehen. Die Lohn- und -Gehaltssumme dürfte nur noch um etwa 4 vH steigen. Aufgrund der steuerlichen Entlastungen ergibt sich für die Nettolohn- und -gehaltssumme der gleiche prozentuale Anstieg.

Ein Teil des beschäftigungsbedingten Ausfalls an Arbeitnehmerinkommen wird durch höhere Einkommensübertragungen ausgeglichen werden, insbesondere durch erhöhte Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit, aber auch durch vorzeitigen Rentenbezug arbeitslos gewordener älterer Arbeitnehmer. Vor allem deshalb wird der Anstieg des gesamten verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte 1981 mit 5 1/2 vH größer sein als der der Nettolohn- und -gehaltssumme.

Die künftige Entwicklung der Sparneigung ist schwer abzuschätzen. Für einen Anstieg spricht vor allem die Unsicherheit im Zusammenhang mit steigender Arbeitslosigkeit; dagegen spricht das Bestreben der Haushalte, den erreichten Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Niedrigere Zinsen, die Geldanlagen weniger attraktiv machen und die Verschuldung erleichtern, wirken sogar auf einen Rückgang hin. Bei Abwägung dieser unterschiedlichen Einflüsse spricht viel für die Annahme einer kaum veränderten Sparquote. Bei weiter verlangsamter Preissteigerung für Güter und Dienste des privaten Verbrauchs wird der reale private Verbrauch im Verlauf des Jahres 1981 wieder etwas stärker zunehmen, im Jahresdurchschnitt jedoch erneut nur in der Größenordnung von 1 1/2 vH.

Leistungsbilanzdefizit geht zurück

Bei insgesamt schwacher Binnenkonjunktur wird das Einfuhrvolumen, wie schon seit einigen Monaten, weiter zurückgehen. Der Rückgang wird akzentuiert durch lagerzyklische Bewegungen: Nach dem starken Aufbau der Vorräte im Jahre 1979 und noch zu Beginn dieses Jahres sowie der Verschlechterung der Absatzerwartungen besteht zunächst kein Anlaß, die Importe weiter zu erhöhen. Der Rückgang der Einfuhr wird im Verlauf des Winterhalbjahres in eine Stagnation einmünden. Im Jahresverlauf 1981 ist bei der erwarteten Belegung der wirtschaftlichen Aktivi-

tät mit einem Wiederanstieg zu rechnen, der aber nicht sehr kräftig sein wird. Am deutlichsten dürfte die Einfuhr von Vorprodukten zunehmen. Im Jahresdurchschnitt 1981 wird die gesamte reale Wareneinfuhr wahrscheinlich etwas geringer sein als in diesem Jahr.

Die Importpreise (Durchschnittswerte in D-Mark) werden auch im Winterhalbjahr leicht steigen. Dieser Erwartung liegt die Annahme zugrunde, daß die Wechselkurse im Europäischen Währungssystem vorerst unverändert bleiben und sich auch der Außenwert der D-Mark insgesamt noch nicht nennenswert ändert. Es ist ferner unterstellt, daß die Weltmarktpreise für Industrierohstoffe trotz des weltweiten Konjunkturabschwungs nicht unter Druck geraten und die Rohölpreise nur in moderatem Tempo weiter angehoben werden. Im weiteren Verlauf des Jahres 1981 wird sich der Preisanstieg auf den Rohstoffmärkten mit der Besserung der Weltkonjunktur wieder beschleunigen. Dies wird sich jedoch vermutlich nicht voll in den Importpreisen auswirken, da im Jahresverlauf eine nominale Aufwertung der D-Mark erwartet wird.

Insgesamt wird die Verteuerung der Einfuhr wohl etwas geringer ausfallen als die der Ausfuhr. Dies ergibt sich vor allem aus strukturellen Unterschieden. Bei den Importen haben Rohstoffe und Vorprodukte, deren Preissteigerungen durch eine Aufwertung der D-Mark besonders stark gebremst würden, eine größere Bedeutung als bei den Exporten.

Bei der prognostizierten Entwicklung von realer Ausfuhr und Einfuhr sowie der Terms of Trade wird sich der Überschuß in der Handelsbilanz 1981 wieder merklich erhöhen. Der Passivsaldo im Dienstleistungsverkehr wird wohl nur wenig steigen. Das Defizit bei den Übertragungen, das sich im Jahre 1980 nicht zuletzt aufgrund von Sonderfaktoren, wie des Erlasses von Schulden der Entwicklungsländer, kräftig vergrößert, wird im kommenden Jahr wohl kaum noch zunehmen. Damit dürfte das Defizit in der Leistungsbilanz von 25 bis 30 Mrd. DM in diesem Jahre auf schätzungsweise 20 Mrd. DM 1981 abnehmen.

1981: Wieder Anstieg der Produktion im Laufe des Jahres

Die reale Gesamtnachfrage wird zunächst noch sinken, im Laufe des Jahres 1981 aber wieder leicht steigen. Die Wendepunkte werden bei den einzelnen Nachfragekomponenten mit großer Wahrscheinlichkeit zeitlich differieren. Zuerst dürfte es zu einer Wende im Lagerzyklus kommen, zuletzt wird sich wohl die Baunachfrage bessern. Je nachdem, wo man die Wendepunkte der Nachfragekomponenten unterstellt und wie steil man die Abwärts- und die folgende Aufwärtstendenz veranschlagt, ergeben sich unter-

schiedliche Produktionsverläufe. Die Vorstellungen der an dieser Prognose beteiligten Institute sind hierüber nicht einheitlich. Für das Ergebnis im Jahresdurchschnitt läßt dies geringe Abweichungen von der hier ausgewiesenen Prognose eines etwa unveränderten realen Bruttosozialprodukts nach oben wie nach unten zu¹.

In jedem Fall wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt spürbar weiter verschlechtern. Die Minderung des Arbeitsvolumens wird sich sowohl in einem Abbau von Überstunden und einem kräftigen Anstieg der Kurzarbeit als auch in einem Rückgang der Zahl der Beschäftigten niederschlagen. Am stärksten dürfte die Verschlechterung im Winterhalbjahr sein; im Jahresdurchschnitt wird die Zahl der Beschäftigten um 175 000 oder fast 1 vH niedriger sein als 1980.

Um die Anpassung der Beschäftigtenzahl an das niedrigere Produktionsniveau zu erreichen, wird es nicht genügen, daß Arbeitskräfte, die alters- und fluktuationsbedingt ausscheiden, nicht mehr ersetzt werden. Da zudem das Arbeitskräfteangebot erneut — um etwa 100 000 — steigt, wird sich die Arbeitslosigkeit im nächsten Jahr deutlich erhöhen. Die Zunahme wird in der ersten Jahreshälfte konjunkturell bedingt sehr kräftig sein und sich nach der Jahresmitte verlangsamen. Im Jahresdurchschnitt wird die Zahl der Arbeitslosen auf reichlich 1,1 Mill. steigen. Die Arbeitslosenquote wird rd. 5 vH nach rd. 4 vH in diesem Jahr betragen.

Preisaufrieb schwächt sich weiter ab

Erheblichen Anteil an der Preisberuhigung der letzten Zeit hatten die Entwicklung der Einfuhrpreise und die restriktive Geldpolitik. Wegen der Einengung der Überwälzungsmöglichkeiten schwächte sich dabei der Anstieg der Verbraucherpreise schon ab, als der interne Kostenauftrieb noch zunahm, allerdings zu Lasten der Gewinne.

Für das nächste Jahr kann mit einer Fortsetzung der Beruhigungstendenzen gerechnet werden. Indes werden diese im Frühjahr durch administrative Preisanhebungen und die Erhöhung der Branntwein- und der Treibstoffsteuern unterbrochen werden. Im Durchschnitt des Jahres 1981 werden die Verbraucherpreise nur noch um rd. 4 vH steigen, nach fast 5 1/2 vH im laufenden Jahr. Nach der Jahresmitte 1981 dürfte der Anstieg — im Vorjahresvergleich — weniger als 4 vH betragen.

Wirtschaftspolitische Überlegungen

Die konjunkturelle Abschwächung hat sich in den letzten Monaten deutlich verstärkt. Der Realeinkommensenzug durch die starke Ölverteuerung und die anhaltend restriktive Geldpolitik haben den Konsum und die Investitionsneigung spürbar gedämpft. Die Nachfrageschwäche wird verstärkt durch kontraktiv wirkende Lagerdispositionen und eine rückläufige Auslandsnachfrage.

Der konsumdämpfende Effekt der Ölverteuerung wird vermutlich allmählich abklingen; die Korrektur der überhöhten Läger dürfte im Verlauf des Winterhalbjahres abgeschlossen werden. Wann und wie stark die konjunkturelle Erholung einsetzt, hängt von dem Verlauf der Auslandskonjunktur und der Ölpreisentwicklung, nicht zuletzt aber von den wirtschaftspolitischen Weichenstellungen im Inland ab.

Geld-, Finanz- und Lohnpolitik müssen bestrebt sein, einen nachhaltigen Erfolg bei der Stabilisierung des Preisniveaus zu erreichen und gleichzeitig wieder eine Verbesserung der Beschäftigungslage einzuleiten. Die Wirtschaftspolitik sieht sich dabei einer Reihe gravierender Hemmnisse gegenüber: Die Bundesbank sieht, obwohl sie die konjunkturellen Risiken der Hochzinspolitik nicht verkennt, wegen der starken Passivierung der Leistungsbilanz und wegen der hohen Zinsen im Ausland nur wenig Spielraum für eine Lockerung der Geldpolitik. Die Finanzpolitik sieht sich dem Zwang gegenüber, das hohe „strukturelle“ Defizit nachhaltig abzubauen.

Nicht zielgerecht wären „Kraftakte“ mit dem Zweck, Preisniveaustabilität und Haushaltskonsolidierung abrupt durchzusetzen, da sie den Beschäftigungsrückgang verschärfen und die Gefahr eines späteren Übersteuerns in expansiver Richtung erhöhen. Aber auch eine kurzfristige Nachfragestimulierung würde nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht zu einem nachhaltigen Beschäftigungsanstieg führen. Vielmehr wäre dann die Fortsetzung der Preisniveaustabilisierung gefährdet und damit letztlich auch die Besserung der Beschäftigung.

Zielgerecht wäre es, wenn

- die Geldpolitik einen potentialorientierten Kurs einschläge,
- die Lohnpolitik der Unsicherheit über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung durch zurückhaltende Abschlüsse Rechnung trüge und
- die Finanzpolitik darauf ausgerichtet würde, die mittelfristigen Wachstumsbedingungen zu sichern.

Notwendig ist eine Geldpolitik, bei der die Ausweitung der Geldmenge am Wachstum des Produktionspotentials und an der Begrenzung des gesamtwirtschaftlichen Preisanstiegs auf das nur schwer vermeidbare Maß ausgerichtet ist. Diesen Notwen-

¹ Das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel teilt zwar die qualitative Beschreibung des prognostizierten Konjunkturverlaufs, es schätzt jedoch die Abschwächung stärker ein als die Mehrheit der Institute. Insbesondere hält es die Wirkungen der — wohl noch einige Zeit fortgesetzten — restriktiven Geldpolitik für nachhaltiger.

digkeiten hat die Bundesbank wegen der überwiegend außenwirtschaftlichen Orientierung ihrer Politik in diesem Jahr nicht genügend Rechnung getragen. Eine weitere Verteidigung des DM-Kurses bei beträchtlichen Inflationsdifferenzen zum Ausland und dort anhaltender Hochzinspolitik würde nicht nur die Gefahr erhöhen, daß die konjunkturelle Abschwächung verstärkt wird, sondern auch zu Verzerrungen der Produktionsstruktur führen. Um diesen Konflikt zu entschärfen, wäre es am besten, wenn man auf die Verteidigung von Wechselkursen verzichtete. Auf jeden Fall müßten die Regierungen der am Europäischen Währungssystem beteiligten Länder bereit sein, die Leitkurse flexibler der Entwicklung der wirtschaftlichen Bestimmungsgrößen anzupassen.

Unter dieser Voraussetzung — möglicherweise unter Hinnahme einer zeitweisen Abwertung der D-Mark — könnte die Bundesbank dazu übergehen, ihre Politik binnenwirtschaftlich zu orientieren. Einem solchen Kurs entspräche eine — gemessen an der schwachen Expansion in den letzten Monaten — allmähliche Verstärkung der Geldmengenausweitung. Dabei müßte die Bundesbank die Leitzinsen senken.

Der Quantifizierung einer potentialorientierten Geldmengenausweitung ist zugrundezulegen, daß das Produktionspotential um 2 1/2 bis 3 vH zunehmen wird. Die Annahme eines unvermeidlichen Preisanstiegs von 3 1/2 vH, gemessen am Deflator des Bruttosozialprodukts, im Verlauf des Jahres 1981 erscheint als nicht unrealistisch. Dies entspräche jener Preissteigerungsrate, die in den Jahren 1976 bis 1979 erreicht war, also bevor im Gefolge der zweiten drastischen Ölverteuerung Preise und Kosten auch im Inland verstärkt stiegen. Diesen gesamtwirtschaftlichen Vorstellungen entsprechend sollte die Ausweitung der Zentralbankgeldmenge im Verlauf des Jahres 1981 etwa 6 1/2 vH betragen; im Durchschnitt des Jahres 1981 ergäbe sich eine Zunahme um rd. 6 vH. Bei der erwarteten Abkühlung der Konjunktur und den nach unten gerichteten Preissteigerungserwartungen werden bei dieser Ausweitung des Geldangebots die Zinsen unter Druck geraten. Dem sollte sich die Bundesbank nicht widersetzen, sondern sich mit einer flexiblen Handhabung ihrer Zinssätze anpassen.

Ihre Vorstellungen über den Kurs der Geldpolitik im nächsten Jahr sollte die Bundesbank mit der Bekanntgabe ihres Geldmengenziels offenlegen, und zwar so frühzeitig, daß Staat sowie Unternehmen und Gewerkschaften diese Vorstellungen in ihre Überlegungen einbeziehen können. Auf diese Weise kann die Bundesbank dazu beitragen, daß Fehleinschätzungen darüber, welche Kosten- und Preissteigerungen sie zu finanzieren bereit ist, vermieden

werden. Daher sollte auf die Nennung eines Korridors verzichtet werden.

Die Lohnpolitik sollte 1981 durch maßvolle Lohnabschlüsse zu einer baldigen Tendenzwende in der Beschäftigungsentwicklung beitragen und dafür sorgen, daß die Bedingungen für ein angemessenes Wirtschaftswachstum wieder verbessert werden.

Mit vorsichtigen Lohnabschlüssen würde der Tatsache Rechnung getragen, daß erhebliche Unsicherheit über die Stärke und die Dauer des Abschwungs besteht. In der Lohnrunde 1980 war auf die mit der zweiten Ölkrise verringerten Möglichkeiten zur Erhöhung der Realeinkommen nur zum Teil Rücksicht genommen worden, weil die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zu günstig eingeschätzt worden waren. In den Tarifabschlüssen 1981 muß daher eine Veränderung zugunsten der Gewinne zugelassen werden, wenn bei den Investoren nicht der Eindruck entstehen soll, die 1980 eingetretene Verschlechterung der Ertragslage sei dauerhaft. Ein anhaltender Lohnkostendruck würde die Investitionsbereitschaft dämpfen, das Wachstum verringern und den Spielraum für zukünftige Realeinkommenssteigerungen bescheiden; auch würde es schwieriger, die geburtenstarken Jahrgänge in den Arbeitsprozeß zu integrieren.

Der Staat könnte eine solche Politik durch die Ankündigung einer zurückhaltenden Lohnpolitik für den öffentlichen Bereich fördern. Lohnzurückhaltung sollte freilich nicht dazu führen, daß die ohnehin geringe Flexibilität der Gehaltsstruktur weiter eingengt wird. Mit einer solchen Politik würde der Staat auch die Glaubwürdigkeit der Ankündigung erhöhen, das „strukturelle“ Defizit zu vermindern.

Der Abbau des „strukturellen“ Defizits wird 1981 erheblich dadurch erschwert, daß mit dem Steuerpaket große Einnahmehausfälle verbunden sind. Das Gesamtdefizit wird sogar steigen, da die Konjunkturabschwächung zusätzliche Mindereinnahmen und Mehrausgaben nach sich ziehen wird.

Nach den Vorstellungen des Finanzplanungsrates sollen die aufgrund des Steuerpakets entstehenden Einnahmehausfälle durch entsprechende Einsparungen bei den Ausgaben ausgeglichen werden. Ausdruck dieses Bestrebens ist die empfohlene Begrenzung des Ausgabenanstiegs auf 4 vH. Angesichts der zusätzlichen Belastungen vor allem aus außenpolitischen Verpflichtungen ist dies als ein sehr ehrgeiziges Sparziel anzusehen.

Eine mittelfristige Begrenzung des Anstiegs der öffentlichen Ausgaben, die — allein oder in Verbindung mit nicht allzu großen Erhöhungen indirekter Steuern — zur Reduzierung des Haushaltsdefizits ausreichen würde, müßte in der Tat ausgeprägt sein. Entscheidend dafür, ob bei dieser Konsolidierung

schädliche gesamtwirtschaftliche Nebenwirkungen vermieden werden können, wird sein, bei welchen Ausgabearten gespart wird. Sollten davon vor allem investive, für den Wachstumsprozeß wichtige Ausgaben betroffen sein, so wären die damit verbundenen Nachteile möglicherweise nicht geringer als die von der Konsolidierung erwarteten Vorteile. Es kommt also darauf an, Ausgabenbeschränkungen bei solchen Positionen durchzusetzen, die wachstumspolitisch nicht bedeutsam oder gar nachteilig sind. Dazu zählen Teile der konsumtiven Ausgaben, der Subventionen und der Transfers.

Für das Jahr 1981 wäre angesichts der ohnehin gegebenen Gefährdung von Wachstum und Beschäftigung ein „Kraftakt“ mit dem Ziel einer drastischen Verringerung der Ausgabenausweitung konjunktur- und wachstumspolitisch bedenklich. Dabei bestünde die Gefahr einer Verstärkung des Abschwungs und damit weiterer Mindereinnahmen. Angesichts des Zeitaufwandes, den Eingriffe in Leistungsgesetze erfordern, ist zu befürchten, daß Maßnahmen, die zu einer raschen Dämpfung des Ausgabenanstiegs führten, einseitig zu Lasten öffentlicher Investitionen gingen. Damit würden die mittelfristigen Wachstums- und Beschäftigungschancen verringert. Eine zusätzliche Schwächung der öffentlichen Investitionen im Jahre 1981 könnte dahin führen, daß Kapazitäten in der Bauwirtschaft vernichtet werden, die mittelfristig benötigt werden.

Für 1981 erscheint es kaum möglich, größere Fortschritte bei der Verminderung des „strukturellen“ Haushaltsdefizits zu erreichen. Es sollten aber die Weichen für den Konsolidierungsprozeß gestellt werden; denn es muß der Eindruck vermieden werden, daß aus jeweils wechselnden Gründen das Vorhaben der Konsolidierung immer weiter hinausgeschoben wird. Glaubwürdig würde eine solche Neuorientierung nicht schon durch eine entsprechende Fixierung in der mittelfristigen Finanzplanung, denn diese hat sich nicht als ein ernstzunehmendes Abbild künftiger Finanzpolitik erwiesen. Vielmehr müßten für notwendig gehaltene Ausgabenkürzungen und Einnahmenerhöhungen 1981 gesetzlich beschlossen werden, nicht aber schon in Kraft treten. So könnte der für die Vertrauensbildung entscheidende Schritt getan werden, ohne die wirtschaftliche Entwicklung zur Unzeit zu belasten².

² Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung, Essen, schätzt die Möglichkeiten der Finanzpolitik, bereits im Jahre 1981 bei jenen Ausgaben, die für Wachstum und Beschäftigung von geringer Bedeutung oder gar nachteilig sind, den Anstieg zu begrenzen oder diese Ausgaben zu kürzen, größer ein als die anderen Institute. Aber nicht allein deshalb hält es die Risiken einer Begrenzung des Anstiegs der Staatsausgaben auf das vom Finanzplanungsrat empfohlene Maß für geringer. Der Gewinn an Vertrauen in die Durchsetzungskraft der Regierung, gesetzte Ziele zu erreichen, wäre beachtlich.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 1980 und 1981

	1979 ¹⁾	1980 ²⁾	1981 ²⁾	1980		1981	
	Jahre			1. Hj. ¹⁾	2. Hj. ²⁾	1. Hj. ²⁾	2. Hj. ²⁾

1. Entstehung des Sozialprodukts, real
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	1,2	0,5	- 1	1,0	0	- 1	- 1
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	- 0,4	- 1	- 1,5	- 0,5	- 1,5	- 1,5	- 1
Arbeitstage ³⁾	- 0,1	0	0	- 0,3	0,5	- 0,5	0,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	0,7	- 0,5	- 2,5	0,2	- 1	- 3	- 1,5
Produktivität ⁴⁾	3,9	2,5	2,5	3,5	2	2	3
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970	4,6	2	0	3,7	1	- 1	1,5

2. Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	766,3	820	865,5	394,3	426	416	449,5
Staatsverbrauch	277,9	300,5	320,5	138,9	162	148,5	172
Anlageinvestitionen	318,1	355,5	364,5	163,3	192	166,5	198,5
Ausrüstungen	123,7	134	137,5	62,0	72	63	74
Bauten	194,3	221,5	227	101,3	120	103	124
Vorratsveränderung	29,6	29	20,5	18,9	10	11	9
Außenbeitrag	12,4	0,5	8,5	0,6	0	3,5	5
Ausfuhr	382,5	431	450,5	213,1	218	215	235,5
Einfuhr	370,1	430,5	441,5	212,5	218	211,5	230,5
Bruttosozialprodukt	1404,2	1506	1579,5	716,0	790	745,5	834

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	7,2	7	5,5	7,0	7	5,5	5,5
Staatsverbrauch	8,0	8	6,5	8,7	7,5	7	6,5
Anlageinvestitionen	15,6	12	2,5	16,4	8	2	3,5
Ausrüstungen	12,1	8	2,5	9,2	7,5	2	3
Bauten	18,0	14	2,5	21,2	8,5	1,5	3,5
Ausfuhr	9,9	12,5	4,5	16,4	9,5	1	8
Einfuhr	19,1	16,5	2,5	23,3	10,5	- 0,5	5,5
Bruttosozialprodukt	8,5	7	5	8,2	6,5	4	5,5

3. Verwendung des Sozialprodukts in Preisen von 1970
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	489,0	497,5	506	242,5	255	245,5	260
Staatsverbrauch	152,0	155,5	158,5	76,0	79,5	77,5	81
Anlageinvestitionen	206,9	215	210,5	100,3	114,5	97	113,5
Ausrüstungen	88,5	92	91,5	43,0	49	42,5	49
Bauten	118,4	123	119	57,3	65,5	54,5	64,5
Vorratsveränderung	20,1	17,5	10	11,3	6	5	5
Außenbeitrag	14,4	16	17,5	9,1	7	8,5	9
Ausfuhr	257,7	272,5	273	136,7	136	132	141
Einfuhr	243,3	256,5	255,5	127,6	129	123,5	132
Bruttosozialprodukt	882,5	901,5	902,5	439,1	462	433,5	468,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	3,2	1,5	1,5	1,5	2	1,5	2
Staatsverbrauch	2,9	2,5	2	2,8	2	2	2
Anlageinvestitionen	8,7	4	- 2	7,5	0,5	- 3,5	- 1
Ausrüstungen	9,5	4	- 0,5	5,3	2,5	- 1,5	0
Bauten	8,1	3,5	- 3	9,2	- 0,5	- 4,5	- 1,5
Ausfuhr	5,4	6	0	8,8	3	- 3,5	4
Einfuhr	11,2	5,5	- 0,5	9,1	2	- 3	2,5
Bruttosozialprodukt	4,5	2	0	3,6	1	- 1	1,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1979 ¹⁾	1980 ²⁾	1981 ²⁾	1980		1981	
	Jahre			1. HJ. ¹⁾	2. HJ. ²⁾	1. HJ. ²⁾	2. HJ. ²⁾

4. Preisniveau der Verwendungseite des Sozialprodukts (1970 = 100)
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	3,9	5	4	5,4	5	4	3,5
Staatsverbrauch	4,9	5,5	4,5	5,8	5,5	4,5	4,5
Anlageinvestitionen	6,4	7,5	4,5	8,2	7	5,5	4
Ausrüstungen	2,3	4	3,5	3,7	4,5	3,5	3
Bauten	9,2	10	6	11,0	9	6,5	5
Ausfuhr	4,2	6,5	4	7,0	6,5	4,5	4
Einfuhr	7,0	10	3	13,0	8	3	3
Bruttosozialprodukt	3,9	5	4,5	4,5	5,5	5,5	4

5. Einkommensentstehung und -verteilung
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit.....	766,8	824,5	861	394,7	430	412,5	449
Bruttolohn- und -gehaltsumme	625,1	672,5	699,5	318,9	353,5	332	367,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	443,2	469,5	488	225,2	244,5	234,5	254
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	324,4	340	353	155,6	184,5	156	197
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	257,5	274	283,5	122,6	151,5	122	161,5
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen ³⁾	220,5	244,5	260	111,9	133	118	142
Nichtentnommene Gewinne	37,0	29	23,5	10,7	18,5	4	19,5
Volkseinkommen	1091,2	1165	1214	550,3	614,5	568,5	646
Abschreibungen	158,5	176,5	192	86,1	90,5	94	98
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	154,4	164,5	173,5	79,6	85	83	90,5
Bruttosozialprodukt	1404,2	1506	1579,5	716,0	790	745,5	834

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit.....	7,3	7,5	4,5	8,1	7	4,5	4,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	7,4	7,5	4	8,1	7	4	4
Nettolohn- und -gehaltsumme	7,7	6	4	6,1	6	4	4
nachrichtlich:							
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	5,6	6,5	5	6,7	6,5	5	4,5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	5,9	5	5	4,7	5,5	5	4,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	10,3	5	4	6,3	3,5	0,5	6,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	12,0	6,5	3,5	8,7	4,5	— 0,5	6,5
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen ³⁾	10,8	11	6,5	11,7	10,5	5,5	7
Volkseinkommen	8,2	6,5	4	7,6	6	3,5	5
Abschreibungen	9,5	11,5	9	11,4	11,5	9,5	8,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	10,4	6,5	5,5	9,3	4	4	6,5
Bruttosozialprodukt	8,5	7	5	8,2	6,5	4	5,5

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	443,2	469,5	488	225,2	244,5	234,5	254
Empfangene laufende Übertragungen	234,9	249	266	124,1	125	132,5	133,5
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen	241,2	272	291	125,8	146	134	157
Abzüge: Zinsen auf Konsumentenschulden	10,1	14	15	6,6	7,5	7,5	7,5
Geleistete laufende Übertragungen ⁴⁾	27,7	28,5	29,5	12,6	16	13	16,5
Verfügbares Einkommen	881,5	948	1000,5	455,9	492,5	480,5	520,5
Privater Verbrauch	766,3	820	865,5	394,3	426	416	449,5
Ersparnis	115,2	128	135	61,7	66,5	64,5	70,5
Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	13,1	13,5	13,5	13,5	13,5	13,5	13,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	7,7	6	4	6,1	6	4	4
Empfangene laufende Übertragungen	5,9	6	7	6,1	6	7	7
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen	11,2	12,5	7	13,9	11,5	6,5	7,5
Verfügbares Einkommen	7,9	7,5	5,5	7,8	7	5,5	5,5
Ersparnis	7,2	7	5,5	7,0	7	5,5	5,5
Privater Verbrauch	12,9	11	5,5	13,2	9,5	4,5	6,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1979 ¹⁾	1980 ²⁾	1981 ²⁾	1980		1981	
	Jahre			1. Hj.1)	2. Hj.2)	1. Hj.3)	2. Hj.2)

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷⁾
a) in Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern	355,2	379	393	178,3	201	183,5	209,5
Sozialbeiträge	214,1	231	246	113,7	117	121	125
Erwerbseinkünfte	13,6	14,5	15,5	7,2	7,5	7,5	8
Sonstige laufende Übertragungen	14,9	15,5	16	7,0	8,5	7	9
Empfangene Vermögensübertragungen	6,0	6,5	6,5	2,8	3,5	3	3,5
Einnahmen insgesamt	603,8	646,5	676,5	308,9	337,5	322,5	354,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	277,9	300,5	320,5	138,9	162	148,5	172
Zinsen	24,2	27,5	31	14,5	13	16	15
Laufende Übertragungen an	267,9	283,5	302	140,0	143,5	149,5	153
Private Haushalte	218,6	232	248,5	115,8	116,5	124	124,5
Unternehmen	28,6	29,5	30	13,4	16,5	13,5	16
Ausland	20,7	22	24	10,8	11	12	12
Geleistete Vermögensübertragungen	32,7	35	34	15,2	20	14,5	19,5
Nettoinvestitionen	43,4	49,5	49,5	22,0	27,5	21,5	28,5
Ausgaben insgesamt	646,1	696,5	737	330,6	366	349,5	387,5
Finanzierungssaldo	— 42,3	— 50	— 60,5	— 21,7	— 28,5	— 27	— 33,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	7,2	6,5	3,5	8,2	5,5	3	4,5
Sozialbeiträge	7,8	8	6,5	8,6	7	6,5	6,5
Erwerbseinkünfte	13,6	7	5,5	6,1	7,5	5	6
Sonstige laufende Übertragungen	0,0	3,5	3	2,8	4,5	3	3,5
Empfangene Vermögensübertragungen	2,6	7,5	— 1,5	7,6	7,5	6,5	— 8
Einnahmen insgesamt	7,3	7	4,5	8,2	6	4,5	5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	8,0	8	6,5	8,7	7,5	7	6,5
Zinsen	11,8	14	12,5	15,6	12	11	13,5
Laufende Übertragungen an	6,2	6	6,5	5,5	6	6,5	6,5
Private Haushalte	5,9	6	7	6,2	6	7	7
Unternehmen	6,4	3,5	0	2,6	4,5	1	— 0,5
Ausland	9,0	5,5	10	1,4	10	10,5	10
Geleistete Vermögensübertragungen	10,1	7	— 3	18,5	— 0,5	— 6	— 0,5
Nettoinvestitionen	16,9	14	0,5	26,4	6	— 2,5	2,5
Ausgaben insgesamt	8	8	6	9,0	6,5	5,5	6

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1980, S. 567 f.) sowie eigene Berechnungen der Arbeitszeit und der Produktivität — Abweichungen in den Summen durch Rundung der Angaben in Mrd. DM bedingt. — 2) Vorausschätzungen der beteiligten Institute — Angaben gerundet. — 3) Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. — 4) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970 je Erwerbstätigenstunde. — 5) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. — 6) Nicht zurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u. ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. — 7) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds- und Sozialversicherung.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.

— Die nächste Nummer des Wochenberichts erscheint am 13. 11. 1980 —